

# 100 Jahre Wirtschaftsministerium

Das deutsche Wirtschaftsministerium ist 100 Jahre alt geworden. Am 21. März 1919, in der Gründungsphase der Weimarer Republik, wurde das aus der Kaiserzeit stammende Reichswirtschaftsamt in das Reichswirtschaftsministerium überführt. Zugrunde lag der „Erlass des Reichspräsidenten betreffend die Errichtung und Bezeichnung der obersten Reichsbehörden“. Der zunächst noch vorläufige Reichspräsident Friedrich Ebert verlieh damit der neuen Reichsregierung einen rechtlichen Rahmen für den Übergang zur Parlamentarischen Republik.



Bundesminister Altmaier (3. von links) im Kreise seiner Amtsvorgänger, der Bundesminister a.D. Rösler, Brüderle, Clement, Glos, Haussmann (von links nach rechts).

## Kritische Anfänge

Das neue Ministerium war für heutige Verhältnisse unvorstellbar gefordert. Kriegsfolgen und Reparationszahlungen, Hyperinflation, die Besetzung des Ruhrgebiets und die Weltwirtschaftskrise überlagerten massiv andere wirtschaftspolitische Fragen. Konzepte und Umsetzungsstrategien mussten immer wieder angepasst werden, 18 Ministerwechsel in den knapp 14 Jahren bis zur Machtergreifung der NSDAP sprechen Bände. Während des Nationalsozialismus schrieb das Reichswirtschaftsministerium dann das dunkelste Kapitel seiner Geschichte. Es trieb die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung in allen Bereichen der Wirtschaft rücksichtslos voran und organisierte den Einsatz von Zwangsarbeitern zur Ausbeutung besetzter Gebiete. Der gezielte Umbau der deutschen Volkswirtschaft zur Kriegswirtschaft erfolgte parallel über Görings Vierjahresplanbehörde.

Als erster Nachkriegsminister brachte Ludwig Erhard in den 14 Jahren seiner Amtszeit dem Haus dann Stabilität und Erfolg. Er führte die Soziale Marktwirtschaft ein und verlieh dem Ministerium die Rolle eines ordnungspolitischen Gewissens der Bundesregierung. Kernelemente seiner Politik waren die Abkehr von staatlicher Zwangswirtschaft, der Schutz des Wettbewerbs und flankierend der soziale Ausgleich. Dies bildete die Grundlage für das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre und ist auch heute noch die Voraussetzung für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## Wechselnde Zuständigkeiten

In der Bonner Republik kam es nach Erhard wie auch nach der Wiedervereinigung zu größeren Zuständigkeitsverlagerungen. Im Jahr 1971 entstand unter Karl Schiller das

Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen. Nur ein Jahr später wurden beide Häuser wieder getrennt, Helmut Schmidt blieb Finanzminister und erhielt vom Wirtschaftsministerium die Abteilung Geld und Kredit einschließlich der Versicherungswirtschaft. Das Amt des Bundeswirtschaftsministers wurde von da an bis 1998 bei relativ konstanten Zuständigkeiten praktisch durchgängig von FDP-Politikern bekleidet.

Im Jahr 1998 gingen Teile der Europapolitik sowie die Federführung für den Jahreswirtschaftsbericht einschließlich der Konjunkturprojektion an Finanzminister Oskar Lafontaine. Das Wirtschaftsministerium erhielt im Gegenzug die Verantwortung über die Technologiepolitik. In den Jahren 2002 bis 2005 war das Haus als Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unter Wolfgang Clement für die Umsetzung der Hartz-Reformen zuständig. Seit Amtsantritt von Vizekanzler Sigmar Gabriel im Jahr 2013 deckt es die gesamte Bandbreite der Energiepolitik ab, also auch die Federführung für die Erneuerbaren Energien. 2014 kam der Arbeitsstab Neue Bundesländer hinzu. Die vielfältigen Umstrukturierungen brachten teils erhebliche Herausforderungen mit sich – nicht zuletzt für die interne Organisation.

## Meilensteine der Wirtschaftspolitik

Meilensteine des Ministeriums auf dem Weg in unsere heutige Wirtschaftsordnung sind die Einführung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die Gründung des Europäischen Binnenmarktes, die Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts, die Liberalisierung des Telekommunikations- und Postmarktes, die gezielte Wirtschaftsförderung zum Aufbau Ost, die Umsetzung des Hartz-Konzepts zur Reform des Arbeitsmarktes sowie der Ausstieg aus Kern- und Kohlekraft. Die Politik der antizyklischen Globalsteuerung im Rahmen des Stabilitätsgesetzes von 1967 sowie der konzertierten Aktion erwies sich hingegen aufgrund der wirtschaftlichen und demokratisch-föderalen Komplexität als impraktikabel. Kernaufgabe der Wirtschaftspolitik ist weiterhin das Eintreten für Markt und Wettbewerb einschließlich der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und seiner Unternehmen. Dabei hat sie sich – heute wie früher – in den politischen Gesamtkontext einzufügen. Auf dem Festakt anlässlich des 50. Jubiläums des Wirtschaftsministeriums stellte Karl Schiller fest: „Die Arbeit dieses Ressorts ist (...) nicht immer bequem. Immer, wenn es zum Beispiel um Agrarpreise, Mieten, neue Steuern oder Steuererhöhungen geht, immer redet dieses Wirtschaftsressort mit Penetranz da hinein.“

## Festakt zum 100. Gründungstag

Anlässlich des 100. Jubiläums würdigte Bundesminister Altmaier am 21. März 2019 in Gegenwart von fünf Amtsvorgängern das Ministerium in einem Festakt mit historischen und aktuellen Bezügen sowie der Freischaltung einer multimedialen Ausstellung.

Professor Clemens Fuest, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, identifizierte in seiner Festrede zentrale Herausforderungen der heutigen Wirtschaftspolitik. Er empfahl, auch im Rahmen von Industriepolitik Marktmacht zu verhindern, regional- und industriepolitische Ziele mit getrennten Instrumenten zu verfolgen, in der Umweltpolitik auf Effizienz zu achten und die Unternehmensbesteuerung international wettbewerbsfähig auszugestalten. Im Umgang mit China bewertete er weniger den chinesischen Aufstieg als dessen möglichen Abbruch als Risiko für die deutsche Wirtschaft.

Professor Albrecht Ritschl, der Sprecher der Unabhängigen Geschichtskommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Wirtschaftsministeriums, illustrierte in seiner Festrede die schwierigen wirtschaftspolitischen Bedingungen in der Weimarer Republik sowie die Verstrickungen des Ministeriums in die nationalsozialistischen Verbrechen. Er attestierte der deutschen Wirtschaftspolitik drei große Aufbauleistungen: die wirtschaftliche Konsolidierung nach dem Ersten Weltkrieg, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und der Aufbau Ost nach der Wiedervereinigung. Dass die ostdeutsche Wirtschaft inzwischen 80 Prozent der Produktivität des Westens aufweise, sei ein großer Erfolg, schließlich habe dieser Wert zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bei lediglich 30 Prozent gelegen. Zudem wies Professor Ritschl auf industriepolitische Debatten bereits in den 1920er Jahren und in der Nachkriegszeit hin, ähnlich der von Bundesminister Altmaier angestoßenen Diskussion.

Bundesminister Peter Altmaier umriss in seiner Festrede zunächst die wirtschaftspolitischen Grundlinien vor 1919. Reichskanzler Otto von Bismarck hatte den einheitlichen deutschen Wirtschaftsraum begründet und die Sozialversicherung eingeführt. Mit dem Stinnes-Legien-Abkommen von 1918 bestand eine Sozialpartnerschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Als größten Erfolg des Wirtschaftsministeriums hob der Minister die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard hervor. Er erinnerte an kurzzeitige Zusammenlegungen mit dem Finanz- beziehungsweise Arbeitsministerium sowie an das Papier von



Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff von 1982, das zu einer wirtschaftspolitischen Neuausrichtung und überdies zu einem Koalitions- und Kanzlerwechsel geführt hatte.

Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen verwies Minister Altmaier auf die internationale Abkehr vom Multilateralismus, im Zuge derer große Volkswirtschaften nicht allein auf den Markt vertrauen, sondern gezielte Strategien verfolgen, um nationale Wirtschaftsinteressen ohne Rücksicht auf andere Staaten durchzusetzen. Die Wirtschaftspolitik befinde sich in einer entscheidenden Phase. Er habe seinen Entwurf einer Industriestrategie vorgestellt, um Wohlstand in Deutschland und Europa zu sichern und auszubauen. Zudem kam der Minister auf seinen Vorschlag einer Sozialabgabenbremse im Grundgesetz zu sprechen, bei der die Sozialversicherungsbeiträge nicht auf 40 Prozent des Bruttolohns ansteigen dürfen.

In einer Podiumsdiskussion zur Frage, wie viel Politik Wirtschaft braucht, diskutierten die Publizistin Professorin

Karen Horn, die Beraterin für Familienunternehmen, Professorin Sabine Rau, der Journalist Udo van Kampen, der Startup-Investor Frank Thelen und der Digital-Aktivist Sascha Lobo. Strittig wurde diskutiert, ob deutsche Unternehmen insbesondere bei digitalen Technologien gegenüber den USA und China bereits zu weit ins Hintertreffen geraten sind. Politikempfehlungen waren unter anderem eine stärkere wettbewerbspolitische Kontrolle von digitalen Plattformen, die entschiedene Mobilisierung von mehr Wagniskapital, unabhängige Forschung und Lehre, mehr Bildung und mehr unternehmerische Freiheit.

Die multimediale Ausstellung mit Texten sowie Bild- und Tondokumenten aus der bewegten Geschichte des Ministeriums ist unter folgendem Link abrufbar: [100.bmwi.de](http://100.bmwi.de).

Kontakt: Eike Sacksofsky  
Referat: Reden und Texte